

Aufruf
zur Bundestagswahl 1961
der Freien Demokratischen Partei

(Beschlossen auf dem Bundesparteitag
in Frankfurt/Main vom 23.-25. März 1961)

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-64
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-195

EIN MODERNES VOLK

braucht
eine Politik
des Fortschritts

EIN GESUNDES VOLK

braucht
die gesunde
Mitte

EIN FREIES VOLK

braucht
Freie
Demokraten



AUFRUF

der Freien
Demokratischen
Partei

zur Bundestagswahl 1961

Unser Vaterland ist geteilt. Der Gegensatz Ost-West kann jeden Tag in eine Katastrophe führen. Der Wohlstand in der Bundesrepublik verschleiert die Bedrohung unserer nationalen Existenz. Unser Volk ist auf ernste Belastungsproben nicht vorbereitet. Diese Gefahren gilt es zu erkennen. Nur ein freies, gesundes und modernes Volk kann sie meistern.

Freies Volk

Zwölf Jahre nach Gründung der Bundesrepublik sind wir der Wiedervereinigung keinen Schritt nähergekommen.

Berlin lebt ständig in Gefahr.

Die Bundesregierung hat es nicht verstanden, die öffentliche Meinung unserer Verbündeten für die berechtigten nationalen Ziele des geteilten Deutschlands zu gewinnen.

Selbst Westeuropa ist in zwei Wirtschaftsböcke gespalten.

Vor diesen bitteren Tatsachen dürfen wir nicht kapitulieren.

Die Weltpolitik ist wieder in Bewegung geraten.

Der Westen sucht nach neuen Wegen.

In dieser Stunde brauchen wir eine Bundesregierung, die den festen Willen des deutschen Volkes zur Einheit so deutlich macht, daß die Welt ihn ernst nimmt.

Es genügt nicht, uns allein auf die Politik unserer Verbündeten zu verlassen. Wir müssen eigene Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage entwickeln und durchsetzen.

Die neue Bundesregierung muß

- bei den kommenden internationalen Verhandlungen jene ruhige Selbstsicherheit zeigen, die der nationalen Würde des deutschen Volkes entspricht
- alle Bemühungen um eine allgemeine kontrollierte Abrüstung aktiv unterstützen
- regionale Abrüstungsmaßnahmen in Europa fördern, soweit mit ihnen Fortschritte auf dem Wege zur deutschen Einheit in gesicherter Freiheit erzielt werden können
- Verhandlungen über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems einleiten
- einen gerechten Friedensvertrag für Gesamtdeutschland anstreben, der nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen abgeschlossen werden darf
- der Entspannung zwischen Ost und West auch durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten dienen, die allerdings nicht durch Grenzverzicht erkaufte werden dürfen
- den deutschen Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 wahren
- die europäische Zusammenarbeit fördern – soweit sie nicht auf Kosten der deutschen Wiedervereinigung geht – und sich ernsthaft um die Überwindung der wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas bemühen

Diese Politik der Entspannung ist nur möglich, wenn sie durch den Selbstbehauptungswillen des deutschen Volkes gestützt wird. Verteidigungspflicht und Politik der Entspannung sind keine Gegensätze. Als freies Volk müssen wir uns zu unserer Bundeswehr bekennen.

Waffenlosigkeit gegenüber hochgerüsteten Staaten ist unmöglich. Sie fordert den Angriff des Stärkeren heraus. Solange ein allgemeines oder gesamteuropäisches Sicherheitssystem nicht geschaffen ist, müssen wir deshalb die NATO stärken.

Unsere Freiheit ist unteilbar – in der Bundesrepublik und in Berlin. Berlin muß frei bleiben und wieder Deutschlands Hauptstadt werden.

Die Bundesrepublik wird im Ringen um die politische und gesellschaftliche Ordnung Gesamtdeutschlands nur bestehen, wenn sie selbst das Vorbild einer freien Gesellschaft ist. Weder ein sozialistischer noch ein klerikal-konservativer Staat kann auf die Dauer den Kommunismus im Wettbewerb überwinden. Nur ein moderner, liberaler Staat ist die Antwort auf die kommunistische Herausforderung.

Darum kämpfen wir Freien Demokraten

- gegen die absolute Mehrheit einer Partei
- gegen die Entwertung des Parlaments als höchsten Träger der Souveränität im demokratischen Staat
- gegen die Versuche einseitiger Einflußnahme auf Fernsehen, Funk, Presse und Film
- gegen den politischen Machtanspruch und Machtmißbrauch großer Interessenverbände
- gegen die Beseitigung der Koalitionsfreiheit durch einen Zwangsbeitrag an die Gewerkschaften
- gegen eine Beschränkung der Freizügigkeit in Gesamtdeutschland über das von den Kommunisten erzwungene Maß hinaus.

Darum kämpfen wir Freien Demokraten

- für Geistes- und Gewissensfreiheit anstelle der politischen Bevormundung durch den Staat und des Mißbrauchs der Religion im politischen Tageskampf
- für Wahrung der unverzichtbaren Rechte des Bürgers und des Parlaments
- für ein Berufsbeamtentum, bei dem Leistung und Bildung und nicht Parteibuch und Konfessionsquote entscheiden
- für ein unabhängiges, nur dem Gesetz und dem Recht unterworfenes Richtertum und für weitestgehende Weisungsungebundenheit der Staatsanwaltschaft.

Dauernde Arbeitsüberlastung gefährdet die Rechtssicherheit im gleichen Maße wie der Wust unserer heutigen Gesetzgebung. Ein Zuviel an Instanzen ist keine Garantie für Gerechtigkeit. Aufgabe der Revisionsgerichte ist es, eine einheitliche Auslegung der Gesetze zu überwachen.

Das Vertrauen des Bürgers zur Unabhängigkeit der Justiz wird am besten gewährleistet, wenn die Spezialgerichtsbarkeiten nicht der Dienstaufsicht des Fachministeriums unterliegen. Wir fordern daher, daß in Bund und Ländern die Spezialgerichtsbarkeiten unter Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen Selbständigkeit den Justizministerien unterstellt werden.

Gesundes Volk

Ein gesundes Volk muß jedem Bürger Aufstiegsmöglichkeiten nach Leistung und Können bieten. Die Ordnung der Gesellschaft stützt sich auf alle Schichten der Bevölkerung. Die unternehmerische Initiative der Selbständigen in Handel, Handwerk, Gewerbe, Freien Berufen und Bauern- tum ist dabei unentbehrlich.

Das besondere Anliegen der Freien Demokraten ist die ideelle und materielle Stellung der Angestellten. Qualifizierte Arbeiter sind in das Angestelltenverhältnis zu übernehmen. Die arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften müssen diesem Ziel angepaßt werden. Die sozialen, pädagogischen und hauswirtschaftlichen Frauenberufe sind gesellschaftlich höher zu bewerten und wirtschaftlich besserzustellen. Breitgestreutes Eigentum festigt eine gesunde Gesellschaft. Vorhandenes Eigentum ist zu erhalten; das gilt besonders für den Althausbesitz. Alle Pläne zur Umverteilung bestehenden Privateigentums sind abzulehnen.

Die Sparfähigkeit und der Sparwille des einzelnen sind unabhängig von Beruf und Arbeitsplatz zu fördern. Die Freien Demokraten verlangen daher

- Verminderung der Steuerlasten und Sozialabgaben
- Ausbau der Steuervergünstigungen und des staatlichen Sparprämien-systems für langfristiges Sparen
- völlige Privatisierung des industriellen Erwerbsvermögens von Bund, Ländern und Gemeinden
- Privatisierung des aus Steuermitteln bei der Öffentlichen Hand entstandenen Eigentums an Wohnraum mit dem Ziel, den Mietern den Eigentumserwerb an ihrer Wohnung zu ermöglichen
- Heranziehung auch der sich aus der Förderung des Sozialen Wohnungsbaues ergebenden Forderungen der Öffentlichen Hand zur privaten Eigentums- und Vermögensbildung
- keine Neubildung solchen Vermögens in der Öffentlichen Hand.

Voraussetzung einer gesunden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist eine gesunde Währung. Gesunde Währung heißt Erhaltung der Kaufkraft der D-Mark. Regierungspolitik und Tarifpolitik der Sozialpartner müssen dieser Forderung mehr als in der Vergangenheit entsprechen.

Bei jährlich um Milliarden steigenden Steuereinnahmen ist jede Steuererhöhung abzulehnen. Unabweisbare zusätzliche Ausgaben, auch für Entwicklungshilfe, müssen aus den Steuermehreinnahmen, aus Anleihen und durch Ausgabeneinsparungen gedeckt werden. Die neue Bundesregierung hat alle entstehenden öffentlichen Aufgaben nach ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit zu werten und zu ordnen; sie muß danach einen Plan über die gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten aufstellen. Entsprechend dieser Aufgabenverteilung sind die Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden neu zu verteilen. Der Finanzausgleich muß auf allen Stufen und nach allen Richtungen neu geregelt werden. Wir wiederholen unsere Forderung nach einer Bundesfinanzverwaltung.

Eine freiheitliche Gesellschaftsordnung ist ohne freiheitliche Wirtschaftsordnung nicht denkbar. Wir Freien Demokraten haben die erfolgreiche Marktwirtschaft miterkämpft; deshalb sind wir gegen jeden sozialistischen und planwirtschaftlichen Dirigismus und gegen die überbetriebliche Mitbestimmung in jeder Form.

Die wettbewerbsstarke Marktwirtschaft hat sich als leistungsfähigste Wirtschaftsform erwiesen. Sie bietet den breiten Schichten der Verbraucher die besten Bedingungen und benötigt keinen Wettbewerb durch Betriebe der Öffentlichen Hand. Jede Aushöhlung der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs durch technisch und betriebswirtschaftlich nicht notwendige Konzentration ist zu bekämpfen. Hier hat

es an einem starken einheitlichen Willen der Bundesregierung gefehlt. Das Versäumte muß schnell nachgeholt werden.

Dies gilt auch für die Förderung des gewerblichen und industriellen Mittelstandes. Diese Förderung ist im Hinblick auf den größeren europäischen Markt und die technische Entwicklung besonders notwendig. Dazu bedarf es einer Reform der Steuer- und Sozialpolitik, die bisher lohnintensive Mittel- und Kleinbetriebe zunehmend belastet und damit im Wettbewerb benachteiligt haben.

Ein gesundes Volk braucht ein gesundes Bauerntum. Der Anschluß des bäuerlichen Familienbetriebes an die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Agrarpolitik muß dem ordnungsgemäß bewirtschafteten Hof einen kostendeckenden Preis sichern.

Wir sind nicht bereit, die deutsche Landwirtschaft dem europäischen Markt zu opfern. Sie braucht gleiche Startbedingungen. Vor dem Übergang zum gemeinsamen Agrarmarkt oder zu einer erstrebenswerten großräumigeren Zusammenarbeit müssen daher alle Wettbewerbsverzerrungen beseitigt werden.

Die längst fällige Gesamtreform unserer Sozialpolitik muß endlich vorgenommen werden. Eine unabhängige Kommission sollte die Grundsätze der Sozialpolitik im Hinblick auf den heutigen Gesellschaftsaufbau überprüfen, alle sozialen Sachverhalte untersuchen und das Ergebnis der Öffentlichkeit vorlegen.

Auf dieser Grundlage ist ein einheitliches Sozialgesetzbuch zu schaffen. Es muß übersichtlich und allgemeinverständlich sein.

Die staatlichen Zuschüsse zur Alterssicherung müssen so gehalten werden, daß sie den Versicherungseinrichtungen aller Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise und im notwendigen Umfang zugute

kommen. Die Höchstrentenbestimmungen und die unsozialen Renten-anrechnungsverfahren sind zu beseitigen.

Bei der Neugestaltung der Sozialpolitik muß berücksichtigt werden, daß eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge sich gerade für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten unsozial auswirkt.

Wer aus eigener Kraft für sein Alter vorsorgt, darf nicht bestraft, sondern sollte gefördert werden. Die private Altersvorsorge und die Vorsorgeeinrichtungen der Freien Berufe sind deshalb mit der gesetzlichen Rentenversicherung steuerlich gleichzustellen. Die Alt-Lebensversicherungen sind aufzuwerten.

Die Abwicklung der sozialen Kriegsfolgelasten darf nicht länger hinausgeschoben werden. Darum fordern die Freien Demokraten

- Reform der Kriegsoferversorgung durch Rechtsanspruch auf Berufsschadensausgleich anstelle des Bedürftigkeitsprinzips
- Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge mit den Heimatvertriebenen und Beweissicherung der eingetretenen Schäden
- beschleunigte Auszahlung der Hauptentschädigung im Lastenausgleich

Ohne gesunde Familien keine gesunde Sozialordnung!
Kinder dürfen nicht zu einer sozialen Schlechterstellung der Familie führen, darum verlangen wir

- Ausbau der steuerlichen Freibeträge für die qualifizierte Berufsausbildung der Kinder
- Ausbildungsbeihilfen für begabte Kinder

- Kindergeld aus Steuermitteln
- bei dem mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbau:
familiengerechte Wohnungen für Mehrkinderfamilien und für junge Ehepaare, besondere Förderung des Eigenheimbaues, eigene Wohnungen auch für Alleinstehende

Ein gesundes Volk sorgt für seine alten Menschen. Soweit sie nicht im Familienverband leben können, müssen genügend würdige Alters- und Pflegeheime zur Verfügung stehen.

Gesund bleiben ist besser als heilen. Deshalb müssen durchgreifende Maßnahmen zur vorbeugenden Gesundheitspflege ergriffen werden. Der Feldzug gegen Krebs und Kinderlähmung ist zu verstärken.

Den Abnutzungserkrankungen kann nur begegnet werden, wenn der Kampf gegen Luft- und Wasserverpestung, Industrie- und Verkehrslärm sowie Strahlengefährdung von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam und energischer als bisher geführt wird.

Das Lebensmittelgesetz und die Lebensmittelüberwachung sind streng durchzuführen.

Kein Kranker darf mehr ausgesteuert, kein Patient wegen fehlender Krankenhausbetten gefährdet werden. Für die Auswahl der Arzneimittel dürfen nur ärztliche Gesichtspunkte maßgebend sein. Freie Arztwahl und Ausbau der ärztlichen Schweigepflicht sichern das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten. Die Heil- und Pflegeberufe sind in ihrer für ein gesundes Volk so wichtigen Tätigkeit gerechter zu bewerten.

Modernes Volk

Die moderne Massengesellschaft stellt besondere Aufgaben, die wir energisch anpacken und bewältigen müssen.

Mit dem Vordringen der Technik wachsen die Verkehrsprobleme. Sie können nur nach einer umfassenden und weit vorausschauenden Konzeption gelöst werden.

Die hochentwickelten europäischen Industriestaaten müssen ihrer Verpflichtung den jungen Völkern Asiens und Afrikas gegenüber gerecht werden.

Bestand und Entwicklung eines modernen Volkes hängen von den inneren und äußeren Reformen des Bildungswesens entscheidend ab.

Die Verkehrspolitik muß sich um ein harmonisches Zusammenspiel von Verkehr und Wirtschaft und der verschiedenen Verkehrsträger untereinander bemühen. Die Gleichberechtigung der privaten und staatlichen Verkehrsträger ist sicherzustellen. Alle Verkehrsabgaben sind für den Straßenbau zu verwenden.

Ausbau und Modernisierung unserer Verkehrseinrichtungen haben mit den Anforderungen der Zeit nicht Schritt gehalten. Falschverständener Föderalismus, ungeklärte Zuständigkeiten und Schwerfälligkeiten in der Verwaltung – kurz: eine fehlende Gesamtkonzeption – vereiteln die Erreichung des Ziels: mehr Verkehrsraum, mehr Verkehrssicherheit!

Moderne Lösungen zur Instandhaltung und Erweiterung des Straßennetzes sind notwendig. Die Verkehrsnot in Ballungsgebieten zwingt zur Anlage von Hochstraßen und unterirdischen Verbindungswegen, die auch dem zivilen Bevölkerungsschutz dienen können.

Wir wollen mehr Verkehrssicherheit durch

- eine vereinfachte Straßenverkehrsordnung und den Abbau des unübersichtlichen Schilderwaldes
- den Bau zusätzlicher Wege für Fußgänger, Radfahrer und Mopeds
- regelmäßigen Verkehrsunterricht in den Schulen.

Nur eine moderne, nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführte Bundesbahn kann sich im Wettbewerb der Verkehrsträger behaupten. Der Ausbau der Sicherheitseinrichtungen ist zu beschleunigen. Sozial- und Familienpolitik darf nicht zu Lasten der Bundesbahn geführt werden.

Der wachsende Anteil unserer Wirtschaft am Welthandel verlangt moderne, wettbewerbsfähige deutsche Häfen und Wasserstraßen. Der transkontinentale Luftverkehr ist auf wenige Großflugplätze abseits dichtbesiedelter Wohngebiete zu konzentrieren. Luftnahverkehr und Zubringerdienst müssen unverzüglich ausgebaut werden. Der Sicherheit und dem Lärmschutz gebühren Vorrang. Wir fordern den beschleunigten Aufbau eines gemeinsamen Flugsicherungssystems in Europa und seine Koordinierung mit den entsprechenden militärischen Einrichtungen.

Unser Beitrag zur Entwicklungshilfe darf sich nicht in technischen und wirtschaftlichen Maßnahmen erschöpfen, sondern sollte vornehmlich Bildungshilfe sein. Wir tragen zur friedlichen Verständigung bei, wenn wir den jungen Völkern mit unseren geistigen Kräften dienen. Mit unserer Hilfe errichtete und unterhaltene Fach-, Gewerbe- und Landwirtschaftsschulen in den Entwicklungsländern werden die Eigenkräfte dieser Völker wecken.

Wir rufen die deutsche Jugend auf, die große Bedeutung der Mitarbeit in den Entwicklungsländern für die eigene Zukunft zu erkennen. Arbeit in diesen jungen Staaten ist ein Verdienst. Dieser muß gefördert werden und darf nicht zur Benachteiligung in der eigenen beruflichen Entwicklung führen.

Freiheit und Wohlstand unseres Volkes werden vor allem in der geistigen Auseinandersetzung verteidigt. Die deutsche Jugend muß im Wettbewerb der Völker bestehen können. Den Ausgaben für die Bildungsaufgaben gebührt der gleiche Rang wie den Ausgaben für militärische und soziale Sicherheit.

Wertvolle Zeit wurde im unfruchtbaren Kompetenzstreit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vertan. Nach zwölf Jahren Wirtschaftsaufschwung fehlen immer noch Schulräume. Tausende von Lehrerstellen sind unbesetzt. Immer noch wird Schichtunterricht erteilt. Die Überfüllung der Hochschulen ist unerträglich.

Bildung, Erziehung und Ausbildung sind aber Grundlagen unserer Existenz. Die moderne Industriegesellschaft verlangt immer mehr differenziert ausgebildete Menschen. Schon die Volks- und Mittelschulen müssen eine abgeschlossene Bildung vermitteln und bessere Voraussetzungen für den Eintritt in die Berufswelt schaffen. Wir brauchen mehr und großzügiger ausgestattete Fach- und Berufsschulen. Die Bildung zur Persönlichkeit und die Erziehung zur geistigen Selbständigkeit müssen im Vordergrund stehen. Das gilt besonders auch für die höheren Schulen. In ihren einzelnen Zweigen haben sie der Vielgestaltigkeit des modernen Lebens Rechnung zu tragen.

Wir befürworten die Gründung neuer Universitäten, Hochschulen und höherer technischer Lehranstalten. Der rationelle Einsatz der finanziellen Mittel zwingt zur Bildung von Schwerpunkten in der Forschung. Wir brauchen ein wissenschaftliches Informations- und Dokumentationszentrum. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind als eine Mindestvoraussetzung liberaler Kulturpolitik zu verwirklichen.

Mit einer Vermehrung unserer Bildungsstätten allein ist es nicht getan. Wir müssen auch den Mut zu einer Reform der Bildungswege haben. Jüngere Semester müssen zielbewußt zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit hingeführt werden. Die positiven Erfahrungen des College-Systems sollten dabei Berücksichtigung finden. Der Zugang zur Hochschule muß den begabten Menschen aus der berufstätigen Bevölkerung offenstehen und darf nicht aus wirtschaftlichen Gründen scheitern. Für sie sind besondere Vorbildungsstätten im Rahmen des zweiten Bildungsweges zu schaffen.

Die Vorschläge des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen zur Schulreform sind zu erproben. Wir brauchen nicht weitere neue Pläne, sondern die Bereitschaft der Schulverwaltungen, rasch und unvoreingenommen zu handeln. Ein langes Experimentierstadium dient der Schule nicht. Es entspricht auch nicht dem Willen der Lehrerschaft. Träger der Bildungsaufgabe ist der Lehrer. Seine Ausbildung und seine gesellschaftliche Stellung müssen dieser Bedeutung entsprechen.

Die Bemühungen der Kirchen in den Evangelischen und Katholischen Akademien und auf den Kirchentagen um ein ständiges Gespräch über die Probleme unserer Zeit sind ein notwendiges Gegengewicht zur fortschreitenden Vermassung und Gleichgültigkeit in der Bundesrepublik. Mit großer Sorge betrachten wir aber die Konfessionalisierung unseres öffentlichen Lebens. Ein liberales Klima unseres Geisteslebens gehört zur guten deutschen Tradition. Nur in einer liberalen Gesellschaft kann sich ein Ausgleich konfessioneller Gegensätze im Geiste der Toleranz vollziehen. Wir halten daher die christliche Gemeinschaftsschule mit getrenntem Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirchen für den besten Weg der Erziehung zu gegenseitiger Achtung.

Unser Volk hat noch nicht zu einem vollen staatsbürgerlichen Bewußtsein gefunden. Nur ein politisch reifes Volk kann ein modernes Volk sein. Der politischen Bildungsarbeit gebührt daher ein besonderer Rang.

Die FDP ist bereit, zur Durchsetzung dieser Ziele in der kommenden Bundesregierung Verantwortung zu übernehmen, wenn eine Zusammenarbeit der Koalitionspartner im Geiste guter Partnerschaft gewährleistet ist.

Dazu gehört:

- die schriftliche Festlegung der politischen und sachlichen Ziele der Regierungskoalition in einem Koalitionsabkommen
- die gemeinsame Beratung und Entscheidung aller wichtigen politischen Fragen in einem Koalitionsausschuß.

Über die Zusammenarbeit der Koalitionspartner hinaus ist zu versuchen, die parlamentarische Opposition für eine gemeinsame Deutschland- und Berlin-Politik zu gewinnen.